



## **Antrag**

der Abgeordneten des SSW

### **Konzept zur Aufarbeitung der kolonialen Geschichte des Landes**

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung, als politischer Akteur weitere Möglichkeiten zur Aufarbeitung der kolonialen Geschichte des Landes Schleswig-Holstein zu schaffen und zu verstetigen.

Dabei wird besonderen Wert auf die Stärkung eines zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozesses gelegt.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung zur Einrichtung eines „Runden Tisches zur Aufarbeitung der kolonialen Geschichte des Landes“ auf.

Im Rahmen des zu bildenden Runden Tisches sollen bei regelmäßig stattfindenden Zusammenkünften oder sich organisierenden Arbeitsgruppen die Auswirkungen und Folgen imperialistischer Kolonialpolitik Europas und die Berührungspunkte Schleswig-Holsteins diskutiert werden.

Die Organisation der Abläufe und auch die Diskussionsergebnisse bleiben dem Runden Tisch überlassen. Die Zusammensetzung des Runden Tisches sollte möglichst intersektional gestaltet sein. Neben zivilgesellschaftlichen Initiativen und Institutionen sollen auch Wissenschaft, Verwaltung und Politik sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger an diesem Ort miteinander ins Gespräch kommen. Es ist wünschenswert, dass insbesondere BIPOC-Selbstvertretungen involviert sind.

Wünschenswerte Ziele sind:

- die Erstellung eines dekolonisierenden Erinnerungskonzeptes im Rahmen der Erinnerungspolitik/-kultur des Landes,
- konkrete Schritte zum Aufarbeiten der kolonialen ausbeuterischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und ihrer Folgen,

- die Erstellung eines Handlungsleitfadens zum Umgang mit kolonial belasteten Straßennamen und anderer Spuren kolonialer Vergangenheiten im öffentlichen Raum und
- das Aufzeigen von Handlungsoptionen für umstrittene koloniale Denkmäler.

Der Runde Tisch soll vorerst als Diskussionsforum mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung dienen und sich zu einer Anlaufstelle mit Expertise entwickeln, an das sich auch ansonsten unbeteiligte Bürgerinnen und Bürger wenden können.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, den bereits laufenden Aushandlungsprozess im Land insbesondere mit Blick auf die deutsch-dänische koloniale Geschichte zuverlässig zu ermöglichen.

Die Vielschichtigkeiten der deutschen, dänischen und europäischen Kolonialgeschichte und ihre politischen, sozialen und ökonomischen Folgen sind auch heute noch in Schleswig-Holstein sicht- und erfahrbar.

So eignet sich auch die Bezugnahme auf das Herzogtum Schleswig als Teil des dänischen Gesamtstaates als Referenzrahmen für das Aufarbeiten der deutsch-dänischen Verflechtungen in koloniale Bestrebungen.

Insofern ließe sich auch grenzüberschreitend untersuchen, inwieweit koloniale Akteure aus der Region Sønderjylland-Schleswig als Täter und Profiteure an den Geschehnissen, Auswirkungen und Spätfolgen in den früheren Kolonien beteiligt waren und welcher gesellschaftliche Umgang sich hieran anschließt.

Hierfür bietet sich eine Fortführung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der kooperativen Initiative zwischen Flensburger Schifffahrtsmuseum, Dänischer Zentralbibliothek und Museum Sønderjylland Kulturhistorie Aabenraa an.

Weitere Forschungskapazitäten sollten im Sinne des Digitalisierungsprojektes „Zwischen Weltoffenheit und Kolonialismus“, mit dem der Museumsverbund Nordfriesland, bereits eine Vorreiterrolle einnehmen konnte, ausgebaut werden.

Es ist die Aufgabe des Landes, den laufenden Aufklärungsprozess an den Museen über Sammlungsgut aus kolonialen Unrechtskontexten zu ermöglichen und verstärkt in den Austausch mit den Kommunen und dem Bund diesbezüglich zu treten.

Der Landtag bittet die Landesregierung abschließend, in Gespräche mit den Hochschulen des Landes zu treten, mit dem Ziel, dafür Sorge zu tragen, dass die Aufarbeitung des Kolonialismus und seiner Folgen dauerhaft wissenschaftlich und interdisziplinär begleitet werden kann.

Für die Umsetzung sollte auf die Expertise der Hochschulen vertraut werden. Als mögliches Vorbild könnte jedoch die Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung“ der Universität Hamburg dienen.

Begründung:

Die Anhörung um die Große Anfrage des SSW „Aufarbeitung der Europäischen und Deutschen Kolonialgeschichte in Schleswig-Holstein“ (Drs. 19/1599) hat einen Mehrbedarf an politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit der kolonialen Geschichte des Landes offenbart.

Lars Harms

Jette Waldinger-Thiering